

Fall Dillinger bekommt ein Nachspiel

TRIER (KNA) Nach der Vernichtung von Dokumenten aus dem Besitz des unter Missbrauchsverdacht stehenden Priesters Edmund Dillinger hat die Staatsanwaltschaft Saarbrücken interne Abläufe geändert. So sei nun bei Entscheidungen über die Aufbewahrung möglicher Beweismittel jeweils „explizit zu prüfen, ob auch Opferinteressen einer Vernichtung entgegenstehen könnten“, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Im Fall Dillinger, dem sexueller Missbrauch vorgeworfen wird, waren die vernichteten Unterlagen nach Angaben der Staatsanwaltschaft zwar für die strafrechtlichen Ermittlungen nicht weiter bedeutsam. Sie hätten aber eventuell die kirchliche Aufarbeitung und Suche nach Betroffenen weiterbringen können.

Der 2022 gestorbene Trierer Bistumpriester Dillinger steht im Verdacht, jahrzehntelang Jugendliche und junge Erwachsene nackt fotografiert und missbraucht zu haben. Für Kritik sorgte das Vorgehen der Staatsanwaltschaft Saarbrücken, die unter anderem Fotos, 43 Jahresterminkalender und Briefe aus dem Haus des Priesters untersuchte und danach vernichten ließ – obwohl zwei kirchliche Sonderermittler beantragt hatten, das Material im Rahmen ihrer Aufarbeitung einzusehen.

Unterdessen ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft Saarbrücken weiter gegen mögliche unbekannte Täter aus dem Umfeld des verstorbenen Priesters. Die Staatsanwaltschaft teilte mit, Anlass für diese Ermittlungen sei ein Medienbericht, wonach Dillinger möglicherweise kein Einzelzünder gewesen sei. Es gehe um den Verdacht des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen, Kindern und Jugendlichen sowie um den Verdacht der Förderung sexueller Handlungen von Minderjährigen.

Missbrauch: Bistum Trier dokumentiert jetzt regelmäßig seine Anstrengungen

Was unternimmt das Bistum Trier, um Kinder und Jugendliche künftig besser vor Missbrauch zu schützen? Darüber will Bischof Stephan Ackermann jetzt einmal jährlich informieren. Mit der Premiere sind nicht alle zufrieden.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Das Bistum Trier hat bisher 2,14 Millionen Euro Entschädigungszahlungen an Missbrauchsoffer geleistet. Hinzu kommen noch einmal 107.000 Euro Therapiekosten. Das sagte Trierer Bischof Stephan Ackermann bei der Vorstellung des ersten Jahresberichts Prävention, Intervention und Aufarbeitung. Künftig will das Bistum Trier einmal jährlich darüber Rechenschaft ablegen, welche Anstrengungen und Initiativen bei der Aufarbeitung des Missbrauchsskandals sowie bei der Vorbeugung ergriffen worden sind. Damit sei man bundesweit Vorreiter, sagte Ackermann am Dienstag.

Kölner Urteil könnte andere Opfer zu Klage ermutigen Laut Jahresbericht haben sich seit 2010 bisher 243 Betroffene beim Bistum gemeldet; 74 verstorbene Priester und 43 noch lebende Priester seien beschuldigt worden. Neben den Entschädigungszahlungen an die Opfer sexuellen Missbrauchs zahlte das Bistum auch 764.000 Euro an ehemalige Schüler des Internats Albertinum in Gerolstein, die an der Bistumsschule psychischem und physischem Miss-



Das Bistum Trier hat jetzt erstmals einen Jahresbericht zum Thema Missbrauch vorgelegt.

SYMBL.FOTO: DPA

brauch ausgesetzt waren.

Opferorganisation kritisiert Jahresbericht als dünn Ackermann geht davon aus, dass nach einem aktuellen Schmerzensgeldurteil des Kölner Landgerichts mit ähnlichen Klagen gegen das Bistum Trier zu rechnen sei. „Bekannt ist bislang nichts. Aber wenn es dazu kommen sollte, werden wir uns jeden Einzelfall ansehen und ihn prüfen“, sagte der Bischof unserer Redaktion. In einer wegweisenden Gerichtsentscheidung war das Erzbistum Köln im Juni zu 300.000 Euro Schmerzensgeld für einen Missbrauchsbetroffenen verurteilt worden. Der Kläger war in den 70er-Jahren als Messdiener viele Jahre lang von einem Priester

sexuell missbraucht worden. Damit derartige Verbrechen in Zukunft möglichst nicht mehr vorkommen, werden in sämtlichen Pfarreien des Bistums unter Anleitung von Experten Schutzkonzepte erarbeitet. Ein Viertel der Pfarreien hat ihr Konzept bereits vorgelegt, die übrigen arbeiten noch daran. Daneben haben bislang über 26.000 Priester, Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter, Pastoralreferenten sowie weitere Mitarbeiter kirchlicher Einrichtungen im Bistum an Präventionsschulungen teilgenommen. Die Opferorganisation Missbit kritisierte den erstmals vorgelegten Jahresbericht als dünn. Bischof Stephan Ackermann verfolge weiterhin die Strategie des Weglassens, sagte Missbit-Sprecher Hermann Schell unserer

Redaktion. Die Öffentlichkeit werde nach wie vor nicht oder nur auszugewiesene informiert. Die Tatsache, dass es auch im vergangenen Jahr neue Missbrauchsvorfälle gegen Kleriker gegeben habe, wertet die Opferorganisation als Indiz für mangelnde Führungsaufsicht.

Thema Missbrauch lässt das Bistum Trier nicht los Ackermann kündigte an, künftig jeweils bereits in der ersten Jahreshälfte einen Tätigkeitsbericht für das zurückliegende Jahr vorzulegen.

Der Trierer Bischof hatte im September 2022 das Amt des Missbrauchsbeauftragten der Deutschen Bischofskonferenz nach zwölf Jahren abgegeben. Sein Nachfolger ist der

Aachener Bischof Helmut Dieser. Der 61-Jährige war bis 2016 Weihbischof in Trier.

Das Thema Missbrauch wird das Bistum weiter auf Trab halten. Schon am Mittwoch nächster Woche stellt die Aufarbeitungskommission um Ex-Justizminister Gerhard Robbers ihren zweiten Zwischenbericht vor. Bereits der erste Bericht kam im vergangenen Jahr zu dem Ergebnis, dass Verantwortliche im Bistum Trier über Jahrzehnte hinweg sexuellen Missbrauch durch Priester vertuscht hätten. Täter seien innerhalb und außerhalb des Bistums versetzt worden, auch um sie vor einer strafrechtlichen Verfolgung zu bewahren, Maßnahmen zum Schutz potenzieller Opfer seien kaum getroffen worden.

Koalition in Luxemburg steht

LUXEMBURG (dpa) Rund fünf Wochen nach der Parlamentswahl steht Luxemburg vor der Bildung einer neuen Regierung: In Verhandlungen hätten sich die Christlich-Soziale Volkspartei (CSV) und die Demokratische Partei (DP) auf ein Regierungsprogramm geeinigt, sagte am Montag der nationale Spitzenkandidat der CSV, Luc Frieden, der mit der Regierungsbildung beauftragt ist. Der Koalitionsvertrag soll am Donnerstag unterschrieben werden.

Ziel sei gewesen, die zwei Programme der Parteien mit denselben Zielsetzungen zu einem gemeinsamen Ergebnis zu bringen, sagte Frieden. Er sei „sehr froh“, dass dies gelungen sei. „Das war möglich, weil wir ernsthaft, intensiv, konstruktiv und in einer guten Atmosphäre verhandelt haben.“ In den nächsten zwei Tagen sollten die einzelnen Texte fertig werden.

REDAKTION REGIONALES
Mail: nachrichten@volksfreund.de

Lars Ross (Reporterchef)
l.ross@volksfreund.de
Katharina de Mos
k.demos@volksfreund.de
Sabine Schwadorf
s.schwadorf@volksfreund.de
Rolf Seydewitz
r.seydewitz@volksfreund.de
Sebastian Stein
s.stein@volksfreund.de
Bernd Wientjes
b.wientjes@volksfreund.de

SERVICE-REDAKTION
Marion Reichert 0651/7199-437

Die Redaktion steht Ihnen für Terminhinweise und Anmerkungen zu Artikeln zur Verfügung.
Hier Ihre Ansprechpartner bei anderen Anliegen:
Anzeigen: 0651/7199-999
Abo: 0651/7199-998
Leserservice: 0651/7199-0

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch

Rechnungshof empfiehlt Tritt auf Ausgabenbremse

VON CHRISTIAN SCHULTZ

MAINZ (dpa) Die Kommunen in Rheinland-Pfalz haben auch nach Jahren hoher Steuereinnahmen noch die höchste Verschuldung unter den deutschen Flächenländern. Entsprechend mahnt der Landesrechnungshof in seinem am Dienstag vorgestellten Kommunalbericht zu einem „kräftigen Tritt auf die Ausgabenbremse“. Er sieht an der einen oder anderen Stelle durchaus Potenzial, Ausgaben zu reduzieren oder Einnahmen zu erhöhen.

Rechnungshof-Präsident Jörg Beres sagte: „Es sind nicht alle Probleme nur in Mainz zu suchen.“ Es komme auch auf das Wirtschaften vor Ort an – „alle haben die gleichen Gesetze umzusetzen“. Einige Botschaften an die Landesregierung hatte die Behörde dennoch mit im Gepäck. Die Opposition nutzte die Vorlage des Berichts für Kritik.

Die kommunalen Schulden beliefen sich im vergangenen Jahr dem Bericht zufolge auf umgerechnet 2886 Euro je Einwohner (Vorjahr: 2904 Euro). Der Wert war fast

doppelt so hoch wie der kommunale Durchschnitt aller Flächenländer – das bedeutete bei der Pro-Kopf-Verschuldung nach wie vor den unrühmlichen Spitzenplatz.

Anders als in den beiden Vorjahren nahm laut Rechnungshof die Gesamtverschuldung der kommunalen Kernhaushalte in Rheinland-Pfalz 2022 wieder zu, um 0,6 Prozent auf rund zwölf Milliarden Euro. Die Ausgaben der Kommunen kletterten unter anderem wegen steigender Personal- und Sozialausgaben stärker als die Einnahmen.

Die Gesamteinnahmen der Kommunen – also Steuern, Gebühren, Gewinne und Zuweisungen vom Land – stiegen dem Bericht zufolge 2022 um 5,4 Prozent auf 19,1 Milliarden Euro. Der Pro-Kopf-Wert habe hier mit 1616 Euro erstmals den kommunalen Durchschnitt der Flächenländer übertrafen. Die kommunalen Ausgaben stiegen allerdings stärker als die Einnahmen, und zwar um 5,8 Prozent auf 18,1 Milliarden Euro.

Den Kommunen gelang es in der Gesamtheit dennoch, das sechste Jahr in Folge einen positiven Saldo

zu erzielen. Dem Rechnungshof zufolge lag der Gesamtüberschuss 2022 bei 939 Millionen Euro nach 956 Millionen im Jahr davor. Allerdings zeige sich ein enormes Gefälle unter den Kommunen.

94 Prozent des Überschusses entfielen auf Mainz und Idar-Oberstein mit dem Sitz und einem Standort des Impfstoffherstellers Biontech. Die übrigen mehr als 2400 Gebietskörperschaften hätten nur 57 Millionen beigetragen, mehr als ein Drittel der Kommunen – 888 – verfehlten den Kassenausgleich.

Nach Regierungs-Brief an den SWR: CDU will Rundfunkrat einschalten

Einen „Skandal“ nennt die rheinland-pfälzische CDU den Beschwerdebrief der Landesregierung an den SWR.

VON SEBASTIAN STEIN

MAINZ Ein Beschwerdebrief der rheinland-pfälzischen Regierung an den SWR hat für scharfe Kritik aus der Opposition im Landtag gesorgt. Die CDU spricht von einem Skandal und fordert „eine umfassende Aufklärung zur versuchten Einflussnahme durch SPD-Staatssekretärin Heike Raab auf die Berichterstattung“, sagte Landesparteichef Christian Baldauf unserer Zeitung. Er habe den SWR in einem Schreiben deshalb aufgefordert, den Schriftverkehr zwischen Landesregierung und SWR in der öffentlichen Sitzung des Rundfunkrates am Freitag zu behandeln. „Sollten sich die Vorgänge dabei bestätigen, muss das Konsequenzen haben“, so Baldauf.

Ein SWR-Reporter hatte in einer Fernsehsendung im April dieses Jahres sehr deutlich in Frage gestellt, ob es eine gute Idee sei, dass der ehemalige Innenminister Roger Lewentz (SPD) seine Karriere an der Parteispitze fortsetzt. Dabei kam er zu der Einschätzung, dass es bundesweit wahrscheinlich einmalig sei, dass ein „Landesinnenminister, der die poli-



tische Verantwortung für die vielen Toten dieser schrecklichen Ahrkatakstrophe übernehmen muss, weiterhin Landesvorsitzender seiner Partei bleibt“. SPD-Chef Lewentz missfiel diese Darstellung, woraufhin er den Reporter in einer Journalistenrunde scharf anging. Gut eine Woche später erhielt der SWR zusätzlich Post von

der Landesregierung. In einem Brief forderte Staatssekretärin Heike Raab Aufklärung vom Öffentlich-Rechtlichen und drohte damit, den Programmausschuss einzuschalten.

CDU-General Schnieder: Äußerungen sind „dummdreist“ „Wenn sich eine Bevollmächtigte des Landes Rhein-

land-Pfalz im SWR ganz oben über ohne Zweifel journalistisch saubere Beiträge beschwert, weil ihr die Berichterstattung nicht genehm ist, lässt das tief blicken auf das Selbstverständnis und das Machtverständnis dieser Landesregierung“, sagte CDU-Generalsekretär Gordon Schnieder. Das System SPD sei „vol-

ler Dünkel und Abgehobenheit“. Die Behauptung von Raab, sie habe nicht als Regierungsmitglied, sondern als SWR-Funktionärin geschrieben, weil sie kein anderes Briefpapier gehabt habe, bezeichnete Schnieder als „wirklich dummdreist“.

Im Brief der Landesregierung ging es um die Berichterstattung des SWR zum Rücktritt des Ex-Innenministers und SPD-Parteichefs Roger Lewentz.

FOTO: DPA

Der Brief der Staatssekretärin zeige ein „skandalöses Verständnis von Pressefreiheit und im Umfang mit dem steuerfinanzierten öffentlichen Rundfunk“, kritisierte der AfD-Abgeordnete Joachim Paul. Raab müsse sich deshalb in der nächsten Sitzung des Medienausschusses am Donnerstag im Landtag erklären.

„Nach dreißig Jahren SPD-Regierung wächst die Hybris Unermessliche“, sagte Freie-Wähler-Fraktionschef Joachim Streit unserer Zeitung. Die Verwendung des offiziellen Briefkopfs wertete Streit als „Verletzung der Amtspflichten“. Vor dreißig Jahren sei Bundesminister Möllemann wegen seiner Briefbogenaffäre zurückgetreten – jetzt müsse Ministerpräsidentin Dreyer zeigen, wie es um ihre Einstellung zur Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bestellt sei.